



Der österreichische Verfassungsschutzbericht

Österreich steht sicher nicht im Zentrum terroristischer Anschlagziele, doch was heißt das in einer globalisierten Welt? Die Bedrohung des transnationalen Terrorismus und hausgemachter Extremismus müssen unter Beobachtung bleiben. Der Verfassungsschutzbericht 2011 zeigt die Situation für die Republik auf.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung gibt jeweils in den Sommermonaten einen jährlichen Bericht über die Lage der Inneren Sicherheit heraus – den Verfassungsschutzbericht. Auf 117 Seiten, zum Teil in englischer Sprache, werden punktuell die Gefahren und Maßnahmen des Berichtsjahres 2010 aufgelistet.

Rechtsextremismus

Im rechten Spektrum hat sich nach Ansicht des BVT ein Generationswechsel vollzogen. Wie in den Jahren davor trat die Szene mit einschlägigen Tathandlungen und politisch-ideologisch motivierter Agitation in Erscheinung. Die

neue Generation ist weniger innerhalb bestehender rechtsextremistischer Organisationen, sondern eher konspirativ und kameradschaftlich im Untergrund tätig. Die Exponenten der Neonaziszene agierten hauptsächlich konspirativ um nicht in den Fokus der Sicherheitsbehörden zu kommen. Nur rund 20% der ausgeforschten Täter waren einem rechtsextremen Szenebereich zuzuordnen. Daneben existiert ein ideologisch primitiver, subkultureller jugendlicher Rechtsextremismus, der unter der Gesamtbezeichnung „Skinheads“ beschrieben wird. Rechtsextremes Gedankengut wurde 2010 verstärkt über Szene-Websites verbreitet. 2010 gab es insgesamt 580 Tathandlungen

aus diesem Bereich. Die Steigerung der Anzeigen (2009 = 396) wird eher auf Sensibilisierung der Bevölkerung und gesteigertes Anzeigeverhalten der Exekutive in manchen Bundesländern zurückgeführt. Etablierungsversuche in der österreichischen Parteienlandschaft sind evident, wurden aber verhindert.

Eine ernsthafte Gefahr für Staat und Volk wird nicht geortet.

Linksextremismus

Die Protagonisten dieser Szene treffen in der Bevölkerung auf schwache gesellschaftliche Resonanz. Die Organisationen weisen eine geringe Mitgliederzahl auf. Auf Grund der ein-

geschränkten Reichweite und beschränkter Mittel sind vorwiegend Aktionen gegen „Rechts“ im Programm. Seit geraumer Zeit ist in der Szene eine Entideologisierung erkennbar. Ideologie wird durch „Erlebniskultur“ ersetzt. Eine quantitative Zunahme von Protestteilnehmern mit rudimentärer oder fehlender theoretisch-ideologischer Basis ist evident. Die Gefährdung aus diesem Bereich beruht vor allem von den Gewalttaten bei Demonstrationen. Die internationalen Verbindungen der Szene sind nicht stabil und es besteht kein strukturiertes Netzwerk. 2010 wurden insgesamt 211 Tathandlungen mit linksextremem Hintergrund registriert, wobei die Sachbeschädigung mit 127 Fällen überwiegt.

Militante Tierrechtsgruppen

Der Steigerung in diesem Bereich war vor allem auf einen Strafprozess gegen 13 Aktivisten in Wr. Neustadt zurückzuführen. Die Vorgangsweise war vor allem auf Solidaritäts- und Protestaktionen beschränkt. Es kam zu 31 Tathandlungen, von versuchten Brandstiftungen, über Drohungen bis zur Sachbeschädigung. Zentrales Mittel der Tierrechtsgruppen ist das Internet, über das auch Anleitungen zur Herstellung von Brandsätzen verbreitet werden.

Terrorismus

Der Islamistische Extremismus und der Salafistische Jihadismus stellt gegenwärtig, mittel- und langfristige die größte Gefährdung für die EU und damit auch für Österreich dar. Die Etablierung des s.g. „home-grown“ Terrorismus ging auch an Österreich nicht spurlos vorüber. Entsprechende Erkenntnisse und auch Festnahmen in letzter Zeit waren zu verzeichnen. Die mögliche Rückkehr von in Al-Kaida-Lagern ausgebildeten Personen stellt ein nicht unerhebliches Risikopotenzial dar. Im Jahr 2010 standen die Aktivitäten der PKK im Vordergrund, die in Österreich über eine strukturierte Organisa-

tion mit separatistisch-marxistischer Ausrichtung verfügen. Im Vordergrund stand vor allem die Beschaffung von finanziellen Mitteln.

Im Bereich des tschetschenischen Terrorismus kam es zu Bedrohungen innerhalb der Community.

Nachrichtendienste und Spionageabwehr

Eine hohe Zahl ausländischer Nachrichtendienste ist nach wie vor in Öster-



Islamistischer Extremismus stellt die größte Gefährdung für EU dar

reich unter der Tarnung von Botschaften und Konsulaten tätig. Neben der Auswertung öffentlich zugänglicher Informationen sind die geheime Werbung und Führung von Menschen als Quellen (HUMINT) und die Nutzung technischer Informationsquellen (ELINT) zentrale Methoden. Die Bedeutung der technisch-wissenschaftlichen Ausspähung nimmt zu und damit die Auskundschaftung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen.

Proliferation

Die Verhinderung der Weiterverbreitung von Technologien zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen bzw. von Waffenträgersystemen ist ein wichtiger Arbeitsbereich des BVT. Von einer

Fortführung der Beschaffungsbemühungen vom Iran und von Nordkorea wird ausgegangen.

Wirtschafts- und Finanzkrise

Gegenwärtige Auswirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise sieht der Bericht nicht, eher eine zukünftige Relevanz. Selbst in der Linksextremen Szene ist kein Zusammenhang erkennbar. Im islamistischen Spektrum wird die Krise als Strafe Gottes angesehen, eine Hin-

wendung der muslimischen Bevölkerung zu islamistischen Gruppen konnte aber nicht beobachtet werden.

Staatsschutzrelevante Drohungen

Insgesamt wurden 75 Drohungen von den Landesämtern behandelt. Die Drohungen richteten sich vorwiegend gegen politische Mandatäre und Behörden. Generelle Tendenzen hinsichtlich der Motivation sind nicht erkennbar. 28 Drohungen waren politisch, 14 rassistisch und 15 privat motiviert, beim Rest der Drohungen war keine Motivation erkennbar. Drohungen per Brief (29) bildeten die Mehrheit. In 23 Fällen wurden die Täter ausgeforscht.